

Deutschland.

Berlin, 21. September. Die beruhigende Wirkung, welche die Rede des Königs in Kiel auf die Gemüther ausgeübt hat, dauert fort. Auch in der Pariser Presse tritt jetzt die friedliche Deutung der Rede ganz entschieden hervor, nachdem die telegraphische Meldung über dieselbe auf die Pariser Börse bekanntlich einen sehr alarmirenden Eindruck gemacht hatte. Selbst das „Memorial diplomatique“, das sich immer zum Beruf gemacht hat, die europäische Lage als bedroht und einen Konflikt zwischen Frankreich und Preußen als möglich darzustellen, ist jetzt anderer Meinung geworden. Es sagt, daß die pessimistischen Anschauungen über die Rede in Regierungskreisen keineswegs getheilt werden, daß man dort vielmehr über die Ansprache sehr befriedigt sei. Das Blatt bemerkt schließlich, daß man die ganze Lage als gesichert ansehen könne, daß es weder Fragen noch Schwierigkeiten zwischen Frankreich und Preußen gäbe und daß die friedlichen Kundgebungen König Wilhelms ganz den Gesinnungen entsprechen, die den Kaiser und seine Regierung befehlen. — Die Blätter beschäftigen sich fortwährend mit Angaben über die Besetzung der vakanten höheren Verwaltungsstellen. Neuerdings wird behauptet, daß die Besetzung derselben gleich nach der Rückkehr des Königs erfolgen werde. Wie man indessen schon früher erwähnt hat, soll die Besetzung der drei vakanten höheren Stellen, des Oberpräsidiums in der Provinz Preußen, des Regierungspräsidiums in Danzig und des Präsidiums der Ober-Rechenkammer im Zusammenhange behandelt werden. Unter diesen Verhältnissen ist aber die Angelegenheit noch nicht so weit vorgeschritten, daß sie schon jetzt der Allerhöchsten Entscheidung unterbreitet werden könnte. Es ist dabei noch zu bemerken, daß die Namen derjenigen, welche von den Zeitungen als für die erledigten Stellen designirt bezeichnet werden, fast sämtlich auf Vermuthungen beruhen und daß gerade eine Person, welche in Regierungskreisen besonders in Betracht gezogen wird, in den Zeitungen gar nicht genannt ist. — Heute hat eine Sitzung des Staatsministeriums stattgefunden. Dieselbe ist unerwartet anberaumt worden und steht mit der Reise des Königs in den Elbherzogthümern in Zusammenhang, ohne indessen eine politische Bedeutung zu haben. Da mehrere Minister noch nicht anwesend in Berlin sind, so sind dieselben, wie immer in solchen Fällen, durch die Unterstaats-Sekretäre oder Ministerial-Direktoren in der Sitzung vertreten worden. — Im Handelsministerium hat man die Angelegenheit wegen Errichtung von Zeichenschulen für die Kunstgewerke auch von der praktischen Seite in Erwägung gezogen und die Kosten berechnet, welche eine derartige Schule verursachen wird. Es wird angenommen, daß zwei Lehrer zur Verwaltung des Lehrstoffs durchaus genügen, von denen der Eine den Unterricht im höheren Zeichnen und Modelliren zu übernehmen hätte, während Beide den Elementar-Unterricht unter sich theilen könnten. Die Numeration eines Lehrers wird auf höchstens 50—60 Thaler monatlich bemessen und die übrigen Ausgaben derart berechnet, daß sich die Gesamtausgabe für eine solche Schule jährlich auf etwa 2000 Thlr. beläuft. Diese Summe wird sich noch in vielen Fällen sogar bis auf 1200 Thaler ermäßigen lassen. Bei dem Interesse, welches sowohl der Staat als die beteiligten Gemeinden an der Gründung solcher Zeichenschulen haben, hält das Ministerium es für billig, daß die Kosten von beiden theilweise übernommen werden. Die Beschaffung und Einrichtung der erforderlichen Schulräume soll von Seiten der Gemeinden, die Beschaffung der Zeichenvorlagen, Modelle u. s. w. von Seiten des Staats erfolgen. Die sonstigen laufenden Unkosten sollen von Beiden zu gleichen Theilen übernommen werden, wobei das von Schülern zu zahlende Schulgeld gleichmäßig vertheilt werden soll. Das Schulgeld soll indessen nur eine geringe Höhe haben. Das Ministerium hält es nicht für notwendig, daß der für die Gründung der Schulen aufgestellte Plan mit einem Male vollständig zur Ausführung gelangt. Es würde sich empfehlen, daß diejenigen Gemeinden, welche die Errichtung einer solchen Schule in ihrer Mitte für geeignet und wünschenswerth halten, sich mit dem Handelsministerium darüber in Verbindung setzen.

Berlin, 22. September. Se. Majestät der König ist von der Reise nach den Elbherzogthümern zugleich mit dem Gefolge, dem Oberhof- und Hausmarschall Graf Pückler, dem General-Adjutanten von Tressow, den Flügeladjutanten Oberstleutnant Grafen Ledeborff und v. Lucadou, dem Geheimen Kabinettsrath v. Mühlner, dem Geh. Legationsrath Alben, dem Leibarzt Dr. Lauer, dem Geh. Hofrath v. Bortz u. in besten Wohlsein hierher zurückgekehrt. Auf der Rückfahrt von Hamburg hatte der Chef des Militär-Kabinetts v. Tressow Vortrag.

Die Königin Augusta empfing am Sonntag in Baden-Baden den Besuch des Großherzogs von Baden.

Der Kronprinz jagte gestern mit mehreren Offizieren in der Spandauer Forst. Derselbe kommt heute mit dem Prinzen Karl zur Begrüßung des Königs von Potsdam nach Berlin.

Am Sonnabend Nachmittags 4½ Uhr fand die feierliche Eröffnung des Bahnhofs der Station Lichterfelde statt. Die aus Berlin geladenen Gäste, unter denen sich auch der General-Postdirektor v. Philippborn befand, langten mit einem Extrazuge der Anhalter Bahn an und wurden auf dem Perron des festlich geschmückten Bahnhofs von dem Besitzer von Lichterfelde, Rittergutsbesitzer Carstern, begrüßt. Nach einer Luftfahrt durch die Anlagen, zu der zahlreiche Equipagen bereit standen, und einer Besichtigung des schönen Parks wurde in Pavillon das Festmahl gehalten, bei welchem Herr Carstern den ersten Toast auf den König ausbrachte, der in des Helden alten Vaterlande jetzt zum Lohn für seine ruhmgekrönte deutsche Politik die enthusiastischen Huldigungen eines treuen und hingebenden Volkes entgegennehme. Wenn hätte Medner im Kreise der alten Freunde sich diesen Kundgebungen angeschlossen; da ihm dieses nicht vergönnt gewesen sei, so freue es ihn doppelt, heute bei diesem schönen Feste ein tiefgefühltes, in Aller Herzen mächtig wiederholendes Hoch auszubringen auf den allgeliebten, den großen König Wilhelm. Einen Eindrucksdruck auf die Direktion der Anhalter Bahn beantworteten die Geheimen Räte Journier und Dr. Gise, General-Postdirektor v. Philippborn ließ die Lichterfelder Anlagen leben, ein Werk, dem bei der Sachkenntnis, dem ausharrenden Charakter und den großen

Mitteln seines Begründers ein guter Erfolg nicht ausbleiben könne. Um 8½ Uhr endete das Fest. Die Heimkehr nach Berlin fand theils auf der Anhalter Bahn, theils in den erwähnten Equipagen statt.

Breslau, 21. September. In zahlreichen Vorbesprechungen der heute hier schon eingetroffenen Aktionäre der Oberschlesischen Eiseneisenbahngesellschaft ergab sich, daß die Vorlagen des Verwaltungsrathes keine Unterstützung fanden. Es wird sich in der morgigen Versammlung voraussichtlich nur um einfache Verwerfung oder um motivirte Vertagung der Vorlagen handeln. Da die Majorität der Berliner Aktionäre, von Seiten welcher über 3 Millionen Thaler Aktien angemeldet sind, für Verwerfung stimmt, so dürfte letztere wahrscheinlich erfolgen. Eine Vertagung würde nur auf völlig veränderter Basis im Sinne der Forderungen der Berliner Aktionäre erfolgen.

Hamburg, 21. September. Der König von Preußen erschien sammt Gefolge heute Nachmittag um 2¼ Uhr in der Börsehalle und verweilte daselbst etwa zehn Minuten. Nahezu 8000 Menschen waren in der Börse erschienen, welche den König mit donnerndem sechsfachen Hurrah begrüßten. Zu dem Präses der Handelskammer A. Schön äußerte er: „Was Sie, meine Herren, brauchen, brauchen wir Alle, den Frieden, und daß dieser nicht gestört werde, habe ich die sicherste Hoffnung. Meine Worte in Kiel sollten dieser Friedenswertsicht schon den kräftigsten Ausdruck geben, und unerklärlich bleibt es mir, wie die entgegengesetzte Auffassung auch nur einen Augenblick eintreten konnte.“

Altona, 21. September. Heute Abends 6¼ Uhr fuhr der König mit einem Extrazuge nach Berlin. Auf dem Bahnhofe waren die Spitzen der Behörden und das Offiziercorps anwesend. Neben dem König saß der Oberpräsident von Schöel-Plessen.

Dresden, 20. September. Mit welchen Unbehagen man hier die neuen militärischen Einrichtungen betrachtet, geht wieder aus nachstehenden Artikel der „Dresdner Nachrichten“ hervor: Wie wir hören, wird bei unserm Militärwesen von Neuja hr an wieder eine neue preussische Einrichtung in Kraft treten. Nämlich das den Offizieren und Soldaten bisher gewährte Bekleidungs-geld soll in Wegfall kommen und anstatt dessen alle Bekleidungsgegenstände, sowie sämtliche Wäsche den Mannschaften von Staate geliefert werden. Auch an den Mützen sollen die Schirme weggelassen und bei den Stiefeln das Zwerchregiment eingeführt werden. Ob sich dies Alles praktisch erweisen wird, muß allerdings die Folge lehren; jedenfalls werden wir aber Gelegenheit haben zu sehen, wie bei einer Mobilisierung unsere Militärs sich außer mit Geldsacken auch mit Säcken voll Stiefelwachs herum tragen wird, gerade wie es im Jahre 1866 bei der preussischen Armee zu sehen war. Uebrigens nichts Neues, da es in der Geschichte nur zu bekannt ist, daß, wenn vom Leder gezogen wurde, wir fremden Zwecken folgten wofür wir später freilich etwas verlohrt wurden.

Leipzig, 21. September. Die Messe ist sehr stark besucht, besonders die Ledermesse. Die Preise sind bedeutend höher und die Vorräthe zum guten Theil verkauft. Es herrscht sehr reges Leben.

Darmstadt, 18. September. Durch heutige Verfügung wird bekannt gegeben, daß die großherzogliche Kriegsschule „bis auf Weiteres“ aufgehoben sei. Da nach der Militär-Konvention und hierauf basirenden weiteren Bestimmungen unsere Offizier-Aspiranten in den preussischen Militär-Anstalten sich auszubilden haben, so ist die Aufhebung der hiesigen Kriegsschule wohl als eine definitive zu betrachten.

Ausland.

Wien, 20. September. Man täuscht sich hier nicht über die Bedeutung, welche die Kaiserreise nach Galizien und die vom dortigen Landtage vorbereitete Adresse und Resolution für unsere ganze Politik haben werde! Was die Polen heute scheinbar in verfassungsmäßigen Wege fordern, ist nicht eine Verfassungsrevision, es ist ein neues Verfassungsprogramm. Sie fordern die vollständige Autonomie in der Verwaltung und Gesetzgebung, sie fordern eine eigene, selbstständige und nur dem Lande verantwortliche Regierung, sie wollen den Reichsrath nur so weit anerkennen, als er für die „gemeinsamen Angelegenheiten“ notwendig ist, sie kennen keine andere Zusammengehörigkeit mit den diesseitigen Ländern, als jene, welche durch die gemeinsame Dynastie geschaffen ist. Das nennen die Polen eine Verfassungsänderung auf Grundlage der bestehenden Staatsgrundgesetze. Allerdings soll diese Aenderung im gesetzlichen Wege durch eine Vorlage der Regierung an den Reichsrath bewerkstelligt werden. Aber das ist nur die Form, in welcher die Verfassung durch sich selbst und in sich selbst zerfallen soll. Vom formellen Standpunkte läßt sich die Forderung der Polen nicht bekämpfen. Auch vom allgemein politischen Standpunkte kann man den Polen nicht vorwerfen, daß sie inoffert, daß sie perfid handeln, wie man von liberaler Seite behauptet. Die Polen haben, als der Ausgleich mit Ungarn unterhandelt wurde, kein Hehl daraus gemacht, daß sie selbst mit der in Wien beschlossenen Verfassungsrevision nicht zufrieden sind, und daß sie im Sinne der nationalen Autonomie größere Forderungen zu stellen beabsichtigen. Aber sie waren klug und ehrlich genug, dem Ausgleich mit Ungarn zu Liebe ihre Forderungen vorläufig zu mäßigen, sie haben vorerst das historische Verfassungsrecht Ungarn und dessen nationale Selbstständigkeit anerkannt wissen wollen, ehe sie selbst, gestützt auf dieses Vorbild, mit ihren weiteren Forderungen hervortraten. Was Herr v. Beust seiner Zeit mit den Polen unterhandelte, wie viel er ihnen als Gegenstand für ihre zustimmende Haltung beim Abschlusse der ungarischen Ausgleichsgesetze zu gewähren versprochen, das ist Geheimniß der beteiligten Persönlichkeiten geblieben. Offenbar haben die Polen Dasjenige, was sie schon unter Belcredi an Konzeptionen erlangen und später durch die Dezemberverfassung noch abgehandelt haben, nur als Abschlagszahlung betrachtet. Sie haben auch keinen Moment gerührt in ihren Bemühungen für weitere Ausdehnung der gewonnenen Sonderstellung. Schon seit vielen Monaten laufen die Fäden der Unterhandlung zwischen den Polen, Ungarn und Tschechen, und man hat auch allen Grund, anzunehmen, daß weder Herr v. Beust, noch Graf Andrassy von dem Inhalt der galizischen Adresse und Resolution sonderlich überrascht sind. Beide Staatsmänner legen, wie allgemein be-

kannt, einen sehr hohen Werth auf die Freundschaft und gute Stimmung der polnischen Herren. Es scheint, daß die möglichste Befriedigung Polens, d. h. des österreichischen Theiles des früheren Königreiches Polen, einen wichtigen Punkt im großen diplomatischen Programm des ungarisch-österreichischen Reichskabinetts bildet.

Wie man vernimmt, ist an den gegenwärtig in Prag weilenden Ministerpräsidenten Fürsten Auersperg bereits im Allerhöchsten Auftrage die Aufforderung ergangen, seinen Urlaub abzukürzen, um den Kaiser auf der Reise nach Galizien begleiten zu können. Freiherr von Beust ist dem Reisegefolge nicht beigezogen, was jedoch die Möglichkeit nicht ausschließt, daß derselbe während des Aufenthaltes des Kaisers in Galizien an das Hoflager sich wird begeben müssen, um in jenem Ressort als Minister des Auswärtigen Vortrag zu erstatten.

Wien, 21. September. Den Abendblättern zufolge ist der österreichische Gesandte in München, Graf von Trautmannsdorf, zum Botschafter in Rom ernannt worden.

Gravenhaag, 21. September. Bei der heutigen Eröffnung der Generalstaaten erklärte der König in der Thronrede, die Beziehungen zu den auswärtigen Mächten seien der befriedigendsten Art, und kündigte mehrere neue Gesetzesvorlagen an, unter andern Gesetze, betreffend die Erhöhung der Zahl der Mitglieder für die zweite Kammer, und die Aufhebung der Stempelgebühr auf Drucksachen. Mithelst Äquivalents werden alle Ausgaben ohne extraordinäre Bewilligungen gedeckt werden. Hinsichtlich der Kolonien wies der König auf den demnächst auszugehenden Bericht hin und drückt die Hoffnung aus, daß das Budget der Kolonien in Ostindien bald zur Diskussion gelangen werde. Zum Frühjahr sei eine Regulirung der Besteuerungen über den Zuckerbau und über die Länderepacht in den indischen Kolonien zu erwarten.

Paris, 20. September. Da sich der Kaiser der Franzosen nun doch einmal entschlossen hat, zunächst mit dem Papst zu gehen, so ist es natürlich, daß er alle Chancen dieser Verbindung auszunutzen sucht. Unmittelbar vor seiner Abchiedsaudienz mußte Herr v. Sartiges dem Kardinal Antonelli noch einmal das Anerbieten machen, dem heiligen Vater ein Jahresgehalt Seitens der katholischen Mächte zu verschaffen. Frankreich fügte er hinzu, wolle sich gern der Mühe aller einschlagenden Verhandlungen unterziehen und auch in Zukunft die Einkassirung und Auszahlung der Beträge übernehmen. Der Kardinal lehnte den Vorschlag aber rundweg ab. Der heilige Vater, sagte er, könne eine solche Abhängigkeit nicht acceptiren. Es sei allerdings wahr, daß der Peterspfennig das Defizit, welches die große Armee verursache, nicht decke; aber es würden wohl bald mancherlei Veränderungen in Europa vorgehen, und die wolle man getroßt abwarten. Uebrigens besitze der Kirchenstaat noch ausgedehnte Domänen und besteuere seine Unterthanen nur halb so stark, als das Königreich Italien. Freilich ist es fraglich, ob sie mehr bezahlen können, und ob, bei dem Darniederliegen alles Gewerbes, die Domänen jetzt verkäuflich sind.

Fürst Czartoryski geht der französischen Regierung etwas zu rasch in's Feuer. Dreiundachtzig Regierungsblätter haben den Auftrag erhalten, seiner „Correspondence du Nord-Est“ folgenden Majestätsüber zu verabreichen: „Die „Nordöstliche Correspondenz“ sollte sich etwas weniger mit der polnischen Frage beschäftigen, da sie mit ihren vielen Reden nur die Glaubwürdigkeit ihrer Informationen schwächt.“ Die „Correspondenz“ hat bekanntlich pro Woche eine Depesche erfunden, um der preussischen Regierung — in den Augen der lichtblinden Franzosen wenigstens — eins anzuhängen. Dergleichen sollte man höchstens alle 14 Tage thun. Wöchentlich ist zu viel.

Paris, 21. September. Aus Madrid wird vom 20. d. gemeldet: Der Marquis de la Havana ist gestern Morgens hier eingetroffen. Die Truppen zeigen sich gewillt, die Regierung zu unterstützen. Sevilla und Balladolid waren bis gestern Abend ruhig, dagegen sind Aufstürzungen in Barcelona ausgebrochen. Die Einwohner von Cadix haben dem revolutionären Veruche der Fregatten „Stadt Madrid“ und „Saragozza“ Widerstand geleistet.

Paris, 21. September. In dem Moselle-Departement ist der Regierungs-Kandidat Lejoindre mit 21,691 Stimmen gegen 8069 Stimmen gewählt, welche der Kandidat der liberalen Parteien, Vouguet, erhielt. Die Telegraphendrähte zwischen Spanien und Frankreich sind zerstört.

Paris, 21. September. Der „Abend-Moniteur“ bestätigt, daß Gonzalez Bravo seine Entlassung gegeben, und General Concha beauftragt wurde, die für die Umstände erforderlichen Maßnahmen zu treffen. — „Constitutionnel“ bezeichnet die Nachrichten aus Madrid für sehr ernst und macht darauf aufmerksam, daß in Folge der Unterbrechung der Telegraphenleitungen alle über Spanien circulirende Gerüchte mit größter Vorsicht aufzunehmen sind. — „Etendard“ erfährt, General Concha habe außer der Konseilspräsidentschaft das Oberkommando der gesamten Armee übernommen und seinen älteren Bruder zum Befehlshaber der Truppen in Andalusien ernannt. Die Telegraphenverbindung zwischen Madrid und den südlichen Provinzen ist unterbrochen. In politischen Kreisen fügt das Blatt hinzu, werde die Lage Spaniens für sehr ernst gehalten. — „France“ schreibt: Wir wissen aus sicherer Quelle, daß die Königin gestern Abend nicht nach Madrid gereist ist, woraus der Schluß gezogen werden darf, daß diese Reise für dieselbe nicht ohne Gefahr gewesen wäre. Cadix war gestern noch in den Händen der Regierung. Man glaubt, daß sich General Prim an Bord einer Fregatte vor Gibraltar befand. Baron Mercier, der französische Gesandte, hat Madrid nicht verlassen. Graf von Girgenti ist gestern von Paris nach Spanien abgereist, um das Kommando seines Regiments zu übernehmen. Die Telegraphenlinien zwischen Frankreich und Spanien sind gestört. — „Patrie“ dementirt das Gerücht, daß die Königin abgedankt habe. Gonzalez Bravo werde im Kabinet Concha das Portefeuille des Innern behalten. Ueber die Vorgänge in Cadix berichtet dasselbe Blatt, die Insurgenten hätten daselbst keinen weiteren Spielraum gewonnen, die Revolte sei außerhalb der Stadt lokalirt, und die Einwohnerschaft und Garnison, welche treu geblieben, bereiteten einen Angriff auf die Insurgenten vor. Der Gouverneur von Cadix habe alle Aufforderungen der

